

Nach dem Text der Zeitung „Iswestija des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees“ Nr. 82, 16. April 1921

Nr. 395

Aktennotiz an W. M. Molotow für das Politbüro des ZK der KPR(B)

17. April 1921

An *Molotow* für das Politbüro: Nach meiner Meinung hat der Autor¹⁾ nicht Recht. Er ist formalistisch. Gäbe es *Broschüren* „noch weiter links als Martow“, würden wir das prüfen. Aber jetzt ist der Vorschlag des Autors ungeeignet. Er ist nicht so, wie es erforderlich wäre, in die Sache eingedrungen.²⁾

17. IV.

Lenin

Lenin-Sammelband, Bd. XXXVII, S.289.

¹⁾ I. W. Wardin (Mgeladse).

²⁾ Vorstehendes wurde auf einer Berichtsmitteilung des Bevollmächtigten und Referenten der Gesamtrussischen Tscheka, I.W. Wardin, (Mgeladse) an das ZK der KPR(B) und an die Exekutivkommission des Moskauer Komitees der KPR(B) zur Frage der Haltung gegenüber den Parteien der Kleinbourgeoisie geschrieben. In diesem Bericht schlug der Autor vor, einige Strömungen und Gruppen unter den Parteien der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Anarchisten zu legalisieren.

Der Vorschlag Wardins, im Zusammenhang mit der Vorbereitungskampagne für die Wahlen zum Moskauer Sowjet einzelne Menschewiki und Sozialrevolutionäre, welche sich nicht der Vorbereitung eines Aufstandes gegen die Sowjetmacht schuldig gemacht hatten, freizulassen, wurde auf der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 14. April 1921 beraten und abgelehnt.

Am 23. April 1921 wurde auf einer Sitzung des Politbüros der Protest der Menschewiki wegen der Nichtfreilassung für die Zeit der Wahlen beraten. Es wurde entschieden, dem Präsidium des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zu empfehlen, das Gesuch der Menschewiki abzulehnen, da deren Führer — F. Dan und N. Roshkow — „der Teilnahme am Aufstand von Kronstadt schuldig waren“ (Zentrales Parteiarchiv des Institutes für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU).